



Konrad
Adenauer
Stiftung

**ENERGIEPOLITIK NACH
PARIS: STRESSTEST FÜR
ARGENTINIEN,
BRASILien UND MEXIKO**
ERGEBNISSE EINER
QUANTITATIVEN UMFRAGE

Dr. Christian Hübner



Studie

Die vorliegende Studie gibt die Ergebnisse einer Umfrage zur energiepolitischen Erwartungshaltung im Nachgang an das Klimaabkommen von Paris (COP21) in Argentinien, Brasilien und Mexiko wieder. Die Umfrage wurde im Auftrag des Regionalprogramms Energiesicherheit und Klimawandel Lateinamerika (EKLA) der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) e. V. von *DATUM Internacional* mittels lokaler Institute durchgeführt. Auf Grundlage eines Fragebogens wurden im Zeitraum vom 27. Juni bis 15. Juli 2016 über 1170 Personen befragt. Es handelt sich um eine quantitative Umfrage. Als Zielgruppen wurden politische Entscheidungsträger, Öffentliche Meinungsführer, Privatwirtschaft und Jugend identifiziert. Um länderspezifische Aussagen treffen zu können wurden, aufgrund unterschiedlicher Gruppengrößen, Gewichtungen eingesetzt.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	5
Kontext	6
Ergebnisse	9
Wissensstand	9
Wirtschaftsentwicklung	10
Konkrete Auswirkungen auf die Energiepolitik	11
Klimaschutzmaßnahmen	16
Umweltbildung	17
Einordnung und Politikempfehlungen	18
Anhang	20

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Wahrnehmung Klimaabkommen	9
Abbildung 2: Einfluss Abkommen auf Wirtschaft und Energiemix	11
Abbildung 3: Einfluss auf konventionelle Erneuerbare Energien	12
Abbildung 4: Einfluss auf unkonventionelle Erneuerbare Energien	13
Abbildung 5: Einfluss auf Öl	14
Abbildung 6: Einfluss auf Ölpreise	15
Abbildung 7: Präferenz energiepolitische Maßnahmen	16
Abbildung 8: Wissensstand Klimaabkommen	20
Abbildung 9: Umfrage	20
Abbildung 10: Methodik Präferenzranking Brasilien	21
Abbildung 11: Umweltbildung Universitäten und Schulen	22

Zusammenfassung

- Jugend nur mäßig über Klimaabkommen informiert.
- Positive wirtschaftliche Zukunftsperspektive wird erwartet.
- Sonnen- und Windkraft geschätzt, doch fossile Energieträger bleiben.
- Rolle der Energieeffizienz und Elektromobilität noch nicht wahrgenommen.
- Stellenwert der Umweltbildung an Schulen und Universitäten nimmt zu.

Die Ergebnisse der Umfrage offenbaren, dass das Abkommen zwar bekannt ist, es jedoch erheblich an Wissen über seine Inhalte fehlt. Daraus ergibt sich eine Gefährdung für die Realisierung von wirkungsvollen Klimaschutzmaßnahmen in den Befragungsländern. Die Schaffung institutioneller Ebenen zur Wissensvermittlung von klimapolitischen Zusammenhängen ist daher angeraten. Darüber hinaus könnten grundlegende Demokratie- und Wirtschaftskrisen die zügige Umsetzung von konkreten Klimaschutzmaßnahmen, die über die Ratifizierung des Abkommens hinausgehen, überlagern und lähmen. Hier schließen sich Generationenkonflikte mit Blick auf die Wahrnehmung und Wissenstand über das Klimaabkommen insbesondere in Brasilien an. Politische Parteien sollten hier die Brückenbildung zwischen jung und alt in der Klimapolitik übernehmen. Auf der anderen Seite wird mit der Umsetzung des Abkommens eine positive wirtschaftliche Perspektive verbunden, der vor allem von der Jugend hoffnungsvoll entgegen gesehen wird. Für die Umsetzung des Abkommens setzen die Befragten vor allem auf die etablierten regenerativen Energieträger wie Wasserkraft und Biomasse. Die Bedeutung der Erneuerbare Energien wie Wind- und Sonnenenergie in der Energieversorgung soll deutlich zunehmen und im gleichen Maße wie Wasserkraft und Biomasse zur Energieversorgung beitragen. Konsequenzen für die Nutzung fossiler Energieträger wie Öl oder Gas durch das Klimaabkommen werden insgesamt betrachtet nicht gesehen. Hieraus erwächst die Gefahr, dass der Zustimmung und Ratifizierung des Abkommens in den Befragungsländern keine energiepolitischen Taten folgen werden. Das Ranking zu der Art der Klimaschutzmaßnahmen offenbart eine deutliche Präferenz für den Ausbau der Erneuerbaren Energien gefolgt von Waldschutzmaßnahmen. Klimaschutzmaßnahmen, die auf einen nachhaltigeren Transportsektor oder bessere Abfallmanagementsysteme abzielen, wird hingegen eine geringere Bedeutung beigemessen. Mangelndes Vertrauen in die Umsetzungskompetenz für solche Maßnahmen durch öffentliche Einrichtungen könnte dafür eine Begründung sein. Für die Politik erwächst daraus die Verantwortung verstärkt in die Kompetenz lokaler politischer Verantwortlicher zu investieren. Für die Umweltbildung wird hingegen insgesamt von einer deutlichen Verbesserung ausgegangen.

Kontext

Für die Verabschiedung des Klimaabkommen von Paris 2015 (COP21) waren über 20 Jahre Verhandlungen zwischen mehr als 190 Ländern notwendig. Auf seiner Grundlage sollen in den kommenden Jahrzehnten Maßnahmen umgesetzt werden, die dazu beitragen den Ausstoß klimaschädlicher Gase zu verringern und uns helfen an den nicht mehr vermeidbaren Auswirkungen des Klimawandels anzupassen. Die nächsten Schritte zur Verwirklichung des Abkommens werden dieses Jahr auf COP22 in Marokko verhandelt. Die großen Industrie- und Schwellenländer, die sich auch in der G20-Staatengruppe zusammengetan haben, nehmen dabei aufgrund ihrer Emissionen und Wirtschaftskraft aber auch ihrer Vorbildfunktion für die Entwicklungsländer eine bedeutende geopolitische Rolle ein. Schon beim letzten G20-Treffen im chinesischen Hangzhou nahm die Klimapolitik eine besondere Rolle ein.

Die lateinamerikanische G20-Staaten Argentinien, Brasilien und Mexiko fallen im internationalen Vergleich durch einen relativ geringen Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase auf. Ihre Energieversorgungsstrukturen basieren im Strombereich vor allem auf Wasserkraft. Außerdem hat Biomasse im Transportsektor einen bedeutenden Anteil. Jedoch sind es gerade die lateinamerikanischen G20-Staaten, die die zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels wie Nahrungsmittel- und Wasserknappheit, extremen Wetterereignissen (z.B. Hurrikans), Klimakonflikte oder steigende Meeresspiegel schon heute erleben müssen. Jüngst haben alle drei Länder das Klimaabkommen von Paris ratifiziert.

Argentinien ist das zweitgrößte Land Südamerikas mit ca. 44 Millionen Einwohnern, wobei über die Hälfte davon jünger als 40 Jahre ist. In den vergangenen Jahren erfuhr das Land eine starke ökonomische Krise, die sich u.a. in einer hohen Inflation und stagnierendem Wirtschaftswachstum artikuliert. Seit Ende letzten Jahres ist eine neue wirtschaftsliberale Regierung in der Verantwortung. Im Kampf gegen die Wirtschaftskrise erließ die neue Regierung unmittelbar nach der Amtsübernahme diverse wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Verbesserung des makroökonomischen Rahmens. Darunter fällt auch der in der Öffentlichkeit unpopuläre Abbau von Subventionen im Energiesektor. Gleichzeitig fokussiert die neue Regierung den Ausbau der Erneuerbaren Energien mittels eines neuen gesetzlichen Rahmens als komplementär zu den in Argentinien reichhaltig vorzufindenden Öl- und (Shale)Gasressourcen. Im Gegensatz zur Vorgängerregierung will die neue Regierung auch verstärkt gegen den Klimawandel vorgehen und sich dabei international stärker einbringen. Das argentinische Umweltministerium hat dazu eine eigene interministerielle Kommission gegründet, die Anpassungs- und Vermeidungsstrategien zum Klimawandel übersektoral koordiniert.

Brasilien deckt in seiner geografischen Ausdehnung fast die Hälfte des südamerikanischen Kontinents ab. Ein Großteil des Landes ist bewaldet, wodurch das Land einen hohen Biodiversitätsgrad hat. Mit über 200 Millionen Einwohnern gehört es zu den bevölkerungsreichsten und wirtschaftspolitisch bedeutsamsten Ländern weltweit. Als Mitglied der G20-Staatengruppe zählt es zu den klassischen Schwellenländern. Die Stromversorgung in Brasilien wird vor allem durch Wasserkraftwerke sichergestellt. Zugleich wird im Transportsektor, dem Benzin Ethanol aus dem heimischen Biomasseanbau beigemischt. In den vergangenen zwölf Monaten erfuhr Brasilien eine institutionelle Krise, die das Land politisch und sozial spaltet. Dem ging eine ökonomische Krise voraus, die zu hoher

Arbeitslosigkeit und geringen internationalen Investitionen in Brasilien geführt hat. Im Zuge eines Amtsenthebungsverfahrens wurde die bis dato amtierende Präsidentin abgesetzt. Ihr Vizepräsident ist nun bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode der neue Präsident Brasiliens. Das Amtsenthebungsverfahren wurde durch eine Vielzahl von Korruptionsprozessen gegen Politiker verschiedenster Couleur und institutioneller Ebenen begleitet. Im Zentrum der Vorwürfe stehen Bestechungszahlungen bei der Vergabe großflächiger Energieprojekte an den halbstaatlichen Energiekonzern Petrobras. Die neue Regierung strebt einen wirtschaftsliberalen Kurs an und setzt dabei außenpolitisch auf eine enge Beziehung zur neuen argentinischen Regierung im Rahmen des MERCOSURs. Brasilien steht vor der Herausforderung Antworten auf die steigende heimische Energienachfrage zu finden. Neben der Biomasse und der Wasserkraft nutzt es schon heute intensiv und mit steigendem Anteil Erneuerbare Energien wie Wind- und Sonnenkraft. Zugleich strebt es aber auch an, die Ölvorkommen vor seiner atlantischen Küsten zu nutzen.

Mexiko ist mit etwas mehr als 120 Millionen Einwohnern das drittgrößte Land Lateinamerikas. Es besitzt eine engverwobene ökonomische Beziehung zu den USA. Seine größten Probleme sind heute u.a. die Armut und die Kriminalität. Im Hinblick auf seine Energiepolitik verabschiedete Mexiko erst kürzlich eine umfassende Energiereform mit dem Ziel Monopole in der Energiewirtschaft aufzubrechen und internationale Investitionen für die Modernisierung des maroden Energiesektors zu ermöglichen. Dabei sollen auch Erneuerbare Energien wie Wind- und Sonnenenergie ausgebaut werden. Hierzu werden auch die engen Beziehungen zu Nordamerika genutzt. Jüngst beschlossen Mexiko zusammen mit den USA und Kanada ihre sauberen Energien bis 2050 deutlich auszubauen. Mexiko ratifizierte zudem erst kürzlich das Klimaabkommen von Paris an dem es auf der multilateralen Ebene aktiv mitwirkte. Insgesamt besitzt Mexiko vergleichsweise ambitionierte Klimaziele, die von einer engmaschigen Energiepolitik begleitet werden.

Heute zeigt sich, dass die aktuellen politischen Rahmenbedingungen in Lateinamerika eine besonders günstige Ausgangslage für die Umsetzung des Klimaabkommens von Paris darstellen. So setzt sich die wirtschaftliche Liberalisierung, die u.a. in den Pazifik-Allianzstaaten mit Chile, Peru, Kolumbien und Mexiko weitfortgeschritten ist und dort gerade im Energiebereich dem Ausbau der Erneuerbare Energien starke Impulse geben hat, auch in Brasilien und Argentinien fort. Beide Staaten haben dem Wirtschaftswachstum im Rahmen des MERCOSURs eine besondere Priorität eingeräumt und wollen sich auf dem lateinamerikanischen Subkontinent der Pazifik-Allianz politisch nähern. Argentinien, Brasilien und Mexiko müssen für die konsequente Umsetzung des Paris-Abkommens eine sukzessive Änderung ihrer nationalen Energieversorgungsstruktur vornehmen. Dafür braucht es Wissen, Fähigkeiten und politischen Willen.

Im Vorfeld der Verhandlungen zum Klimavertrag von Paris waren alle Mitgliedsstaaten der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) dazu angehalten ihre nationalen Klimaschutzbeiträge (*Intended Nationally Determined Contribution*, INDCs) offenzulegen, die sie im Falle einer Verabschiedung des Abkommens umzusetzen haben. Argentinien will danach in Abhängigkeit seiner wirtschaftlichen Entwicklung bis 2030 bis zu 30 Prozent weniger klimaschädliche Treibhausgase emittieren. Mexiko will in Abhängigkeit seiner Wirtschaftsentwicklung bis 2030



bis zu 40 Prozent einsparen. Und Brasilien hat sogar das feste Ziel bis 2030 im Vergleich zu 2005 37 Prozent einzusparen. Die Art der Maßnahmen wie Waldschutz, Energieregulierung oder Effizienzstandards, die zur Erreichung der Ziele genutzt werden, sind sehr verschieden und erklären sich in Lateinamerika oftmals vor dem Hintergrund der geografischen Voraussetzungen. Am Ende wird es aber eine generationenübergreifende und gesellschaftlich breit aufgestellte demokratische Basis gegeben müssen, die die notwendigen energiepolitischen Reformen mitträgt und nachhaltig einfordert.



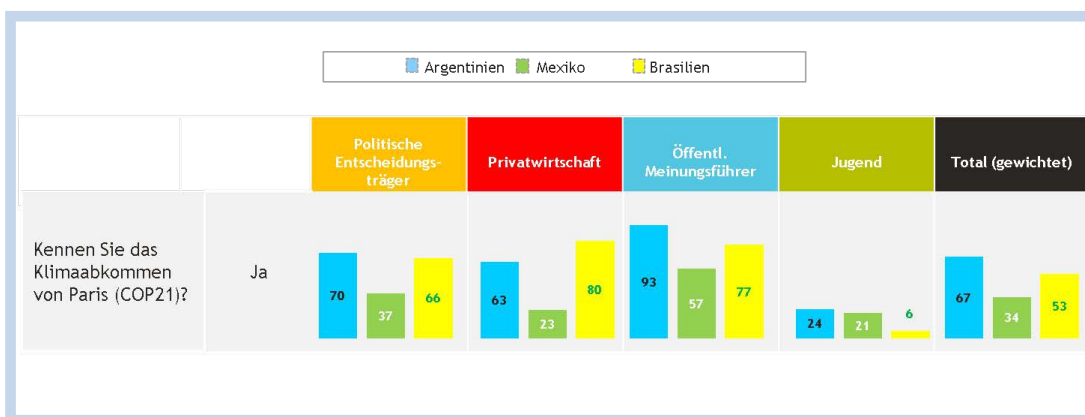
Ergebnisse

Wissensstand

Jugend nur mäßig über Klimaabkommen informiert.

Insgesamt zeigt sich, dass die Jugend im Alter von 18 bis 29 Jahren in allen drei Befragungsländern angibt kaum etwas über das Klimaabkommen zu Wissen (siehe Abbildung 1). In Brasilien sind es gerade einmal 6 Prozent (21 Prozent in Mexiko und 24 Prozent in Argentinien) der befragten Jugend die angibt etwas von dem Abkommen gehört zu haben. In den anderen Gruppen (politische Entscheidungsträger, Privatwirtschaft und öffentliche Meinungsträger) geben hingegen im Schnitt weit über die Hälfte der Befragten, mit Ausnahme von Mexiko an, etwas über das Klimaabkommen gehört zu haben. In Argentinien geben 93 Prozent der öffentlichen Meinungsträger an vom Klimaabkommen Notiz genommen zu haben. Allerdings schätzen davon gerade einmal 57 Prozent ihr Wissen darüber als „sehr gut“ ein. In Brasilien stammen die meisten Befragten (80 Prozent), die etwas vom Abkommen gehört haben, aus der Privatwirtschaft. Allerdings geben auch hier gerade einmal 42 Prozent an über „sehr gutes“ Wissen darüber zu verfügen. Zugleich geben sogar 42 Prozent aus dieser Gruppe an nur wenig über das Abkommen zu wissen. In Mexiko geben nur 37 Prozent der politischen Entscheider und gerade mal 23 Prozent der Befragten aus der Privatwirtschaft an, etwas vom Klimaabkommen gehört zu haben. Von den öffentlichen Meinungsführern in Mexiko geben immerhin 57 Prozent an etwas über das Abkommen zu wissen. Im Schnitt schätzen über die Hälfte der politischen Entscheider, der Befragten aus der Privatwirtschaft und den öffentlichen Meinungsführer aus Mexiko ihr Wissen über das Abkommen als durchschnittlich ein.

ABBILDUNG 1: Wahrnehmung Klimaabkommen



(Für die Rubrik "Total" ist eine Gewichtung aufgrund der unterschiedlichen Gruppengrößen vorgenommen worden.)

Insgesamt zeigt sich vor dem Hintergrund der Fragestellung, inwieweit das Klimaabkommen überhaupt bekannt ist und welcher Wissensgrad damit verbunden ist, ein durchwachsenes Bild. Zwar offenbaren die Ergebnisse, dass die Argentinier, Brasilianer und Mexikaner von dem Abkommen insgesamt Notiz genommen haben, sich deren Kenntnisstand über seinen Inhalt und damit der Zielstellung jedoch in engen Grenzen hält. Ein Grund dafür liegt vermutlich in den aktuellen politischen Entwicklungen in den Befragungsländern. In Brasilien

überlagerte das Amtsenthebungsverfahren Dilma Rossefs sämtliche anderen politischen Themen. In Argentinien ist die neue Regierung ebenfalls noch nicht lange im Amt und muss in der Energiepolitik unpopuläre Entscheidungen wie den Abbau von Energiesubventionen treffen und die damit verbundene Proteste gegen Energiepreiserhöhungen aushalten. Zwischen den Befragungsgruppen fällt zudem eine besonders deutliche Diskrepanz zwischen der Gruppe der Jugend auf der einen Seite und den anderen Befragungsgruppen auf der anderen Seite auf. Die Jugend in allen drei Ländern gibt durchweg an, kaum von dem Abkommen gehört zu haben und wenn doch, dann nur wenig über seinen Inhalt zu wissen. Für die junge Generation in deren Verantwortung letztlich, die Umsetzung des Klimaabkommens fällt und die zugleich ihr ganzes Leben von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sein wird, ist das ein ernüchterndes Ergebnis. Auf der anderen Seite kann dieses Ergebnis vielleicht auch als Wunsch nach mehr Wissen über das Klimaabkommen interpretiert werden. Die Jugend fühlt sich nur unzureichend über das Abkommen und seinem Inhalt informiert. Gerade jetzt, wo es an die Umsetzung des Abkommens auf der nationalen und kommunalen Ebene geht, braucht es aber eine breite Akzeptanz und Bereitschaft die notwendigen Weichen für eine nachhaltige und klimafreundliche Energieerzeugung zu stellen. Es ist deshalb fraglich, ob der Klimavertrag von Paris auch ein echter Klimagenerationenvertrag sein kann. Zudem stellt sich die Frage, ob die bei der Entwicklung der INDCs dargelegte Beteiligung der Öffentlichkeit auch die Jugend ausreichend berücksichtigt hat.

Wirtschaftsentwicklung

Eine positive wirtschaftliche Zukunftsperspektive wird erwartet.

In allen drei Umfrageländern erwarten weit über die Hälfte aller Befragten einen positiven Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung ihres Landes durch das Paris-Abkommen. In Brasilien und Mexiko sind es fast drei Viertel und in Argentinien zwei Drittel der Befragten, die einen positiven Einfluss erwarten (siehe Abbildung 2). In der gruppenspezifischen Betrachtung fällt auf, dass 50 Prozent der brasilianischen Jugend sogar eine besonders gute Entwicklung erwartet. In der brasilianischen Privatwirtschaft und Politik sind es immerhin noch über 40 Prozent, die ebenfalls einen sehr positiven Einfluss sehen. In Mexiko sind es hingegen bei der Jugend gerade mal 18 Prozent. Dort sind es dann eher die Unternehmen mit 43 Prozent und die öffentlichen Meinungsführer mit 47 Prozent die einen besonders positiven Einfluss sehen. In Argentinien sind keine deutlichen Differenzen zwischen den Gruppen festzustellen. Die Zustimmung verteilt sich relativ gleichmäßig zwischen den Gruppen.

Mit Blick auf die Auswirkungen des Klimaabkommens auf den Energiemix ist indes kein klares Bild zu erkennen. In Mexiko erwarten insgesamt 58 Prozent eine Veränderung. In Brasilien sind es sogar 64 Prozent. Für Argentinien kann keine klare Tendenz abgelesen werden. Die eine Hälfte erwartet eine Veränderung, die andere keine. In der Detailbetrachtung zeigt sich, dass die Mehrheit derjenigen, die eine Veränderung des Energiemix erwarten, eher eine moderate Veränderung sieht. In der gruppenspezifischen Betrachtung setzt sich diese Beobachtung fort. Starke Unterschiede sind dabei nicht festzustellen.

ABBILDUNG 2: Einfluss Abkommen auf Wirtschaft und Energiemix

Total in Prozent und gewichtet	Argentinien			Brasilien			Mexiko		
	Sehr guter Einfluss	Guter Einfluss	Kein guter Einfluss	Sehr guter Einfluss	Guter Einfluss	Kein guter Einfluss	Sehr guter Einfluss	Guter Einfluss	Kein guter Einfluss
Wie gut ist der Einfluss des Abkommens auf die Wirtschaft insgesamt?	28,9	34,9	32,4	38,5	35,8	24,8	42,3	31,8	25,9
	63,8		32,2	74,2		24,8	74,1		25,9
Einfluss auf Energiematrix	16,2	33,3	50,3	30	34	35,8	37,3	21	41,6
	49,4		50,3	64		36	58,4		41,6

Die Frage nach dem Einfluss des Klimaabkommens von Paris auf die wirtschaftliche Entwicklung und der Zusammensetzung des Energiemix offenbart ein differenziertes Ergebnis. Während ein deutlich positiver Zusammenhang zwischen dem Abkommen und der wirtschaftlichen Entwicklung der Befragungsländer gesehen wird, ist die Beziehung zwischen dem Abkommen und dem Energiemix moderat positiv bis unklar. Insgesamt wird mit der Umsetzung des Abkommens in den Befragungsländern ein positives Investitionsklima verbunden, was u.a. durch die positive Sichtweise der Privatwirtschaft deutlich wird. In Brasilien ist es zudem auch die wieder die Jugend, die mit ihrer positiven Einstellung vielleicht auch den Wunsch verbindet, die aktuelle Wirtschafts- und Politikkrise schnell zu überwinden. Das Klimaabkommen bildet damit eine positive wirtschaftliche Zukunftsperspektive für die Befragungsländer. Die Notwendigkeit der Veränderung des Energiemix zur Umsetzung des Abkommens, wird indes nicht mehrheitlich von allen Befragten gesehen. Mangelndes Wissen über die Zusammenhänge zwischen der Energie- und Klimapolitik können hierfür eine Erklärung sein. Allerdings könnten auch der Umstand eine Rolle spielen, dass Wasserkraft und Biomasse, die heute schon intensiv in den Befragungsländern genutzt werden und dort als klimafreundlich gelten, etablierte Energieträger sind und deshalb eine Änderung tatsächlich kaum in Erwägung gezogen wird.

Konkrete Auswirkungen auf die Energiepolitik

Sonnen- und Windkraft geschätzt, doch fossile Energieträger bleiben.

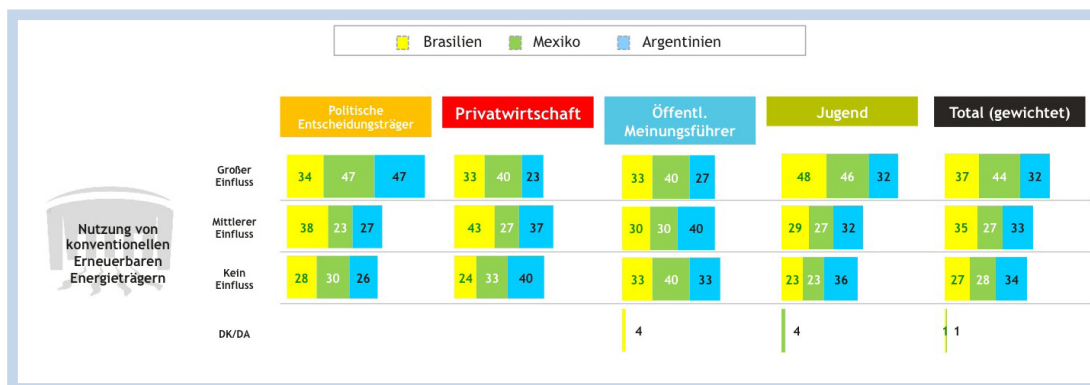
Regenerative Energieträger

In Argentinien, Brasilien und Mexiko nehmen die konventionellen regenerativen Energieträger im Energiemix traditionell eine wichtige Rolle ein. Sie gelten mit Blick auf den Klimawandel als saubere Energieträger. Die Ergebnisse der Umfrage offenbaren vor diesem Hintergrund in der länder- und gruppenübergreifenden

Gesamtbetrachtung, dass eine Mehrheit der Befragten einen mittleren bis deutlichen Einfluss des Klimaabkommens auf die Nutzung von Wasserkraft und Biokraftstoffe sieht (siehe Abbildung 3.).

In Mexiko erwarten von den 70 Prozent der Befragten, die einen Einfluss des Abkommens auf die Wasserkraft sehen 58 Prozent einen besonders großen Einfluss. Die stärksten Gruppen in Mexiko sind dabei die politischen Entscheidungsträger mit 47 Prozent und die Jugend mit 46 Prozent. Bei der Nutzung von Biokraftstoffen zeigt sich in Mexiko jedoch ein anderes Bild. Hier sind es nur 58 Prozent, die einen Einfluss erwarten. Über 50 Prozent der politischen Entscheidungsträger sehen sogar gar keinen Einfluss. Mit Blick auf die Wasserkraft fallen die Gruppe der politischen Entscheidungsträger in Argentinien und die Jugend in Brasilien auf, die jeweils mit über 46 Prozent einen deutlichen Einfluss darauf sehen. Besondere Einigkeit in der Einschätzung, dass sich das Abkommen besonders deutlich auf die Verwendung von Biokraftstoffen auswirken wird, besteht zwischen den brasilianischen Gruppen der politischen Entscheidungsträger, Privatwirtschaft und der Jugend. Dort sind es jeweils 47 Prozent. Zusammen mit der Einschätzung, eines mittleren Einflusses, sind es in den gleichen Gruppen im Schnitt sogar über 75 Prozent, die einen Einfluss sehen. In Argentinien sind insgesamt wenig Heterogenitäten zwischen den Befragungsgruppen zu finden. Lediglich die politischen Entscheidungsträger, von denen 47 Prozent einen Einfluss des Abkommens auf die Wasserkraft erwarten und die Befragten aus der Privatwirtschaft, von denen 57 Prozent keinen Einfluss auf die Nutzung von Biokraftstoffen sehen fallen auf.

ABBILDUNG 3: Einfluss auf konventionelle Erneuerbare Energien

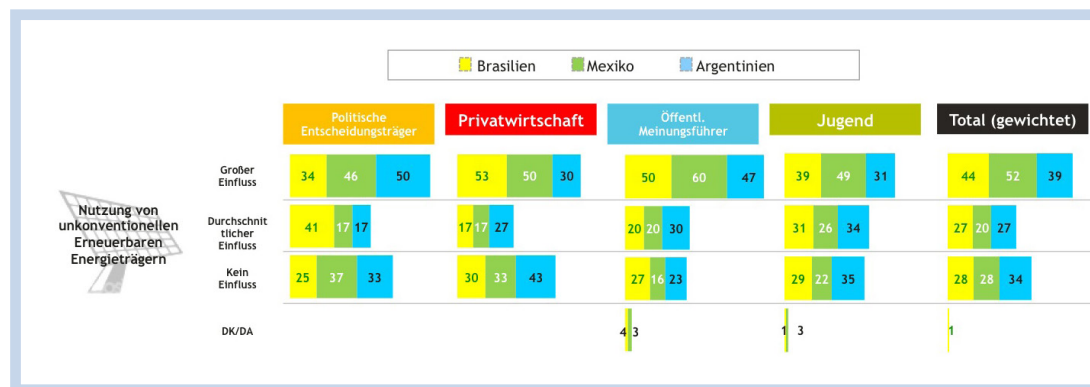


(DK/DA sind nicht abgegebene Antworten. Der Befragungskontext erlaubt die positive Konnotation von "Großer Einfluss" auf der Bewertungsskala.)

Für die Frage des Einflusses des Abkommens auf die Nutzung von nicht-konventionellen regenerativen Energieträgern wie Wind- und Sonnenenergie zeigt sich ein ähnliches Bild wie bei den konventionellen regenerativen Energieträgern. Der Sonnen- und Windkraft wird mehrheitlich eine länderübergreifend Bedeutung für die Umsetzung des Klimaabkommens beigemessen (siehe Abbildung 4). Die Mehrheiten sind dabei nahezu identisch mit denen der Wasserkraft. Eine länder- und gruppenübergreifende Differenz in der Erwartungshaltung zum Einfluss des Klimaabkommens auf die konventionellen und nicht-konventionellen regenerativen kann nicht ausgemacht werden. Ein Unterschied im Vergleich zu den konventionellen regenerativen Energieträgern ergibt sich allerdings bei den Einschätzungen über den Grad des Einflusses des Klimaabkommens auf die Wind- und Sonnenenergie. In allen Ländern erwarten hier prozentual gesehen mehr Befragte aus den verschiedenen Befragungsgruppen (z.B. 60 Prozent der mexikanischen und 50 Prozent der brasilianischen öffentlichen

Entscheidungsträger oder 50 Prozent der argentinischen Politikentscheidungsträger) einen sehr starken, statt eines mittleren Einflusses, des Klimaabkommens auf die Wind- und Sonnenenergie.

ABBILDUNG 4: Einfluss auf unkonventionelle Erneuerbare Energien



(DK/DA sind nicht abgegebene Antworten. Der Befragungskontext erlaubt die positive Konnotation von "Großer Einfluss" auf der Bewertungsskala.)

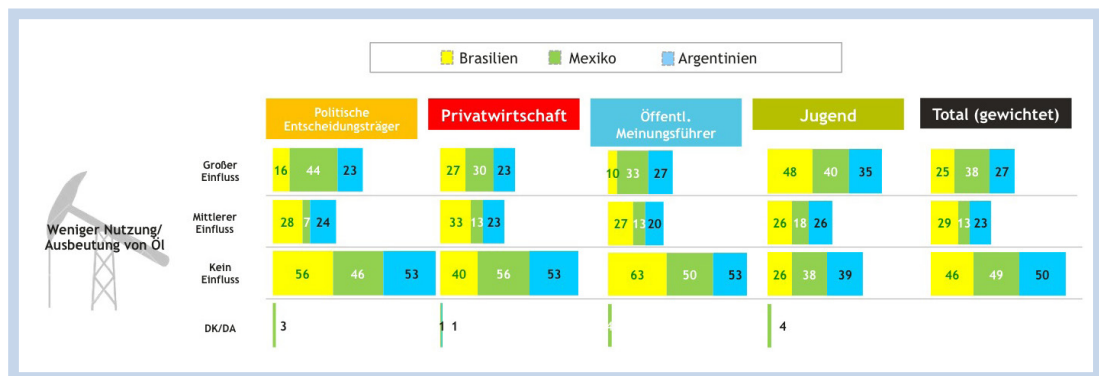
Die Ergebnisse zum Einfluss des Abkommens auf konventionelle und unkonventionelle regenerative Energieträger in den Befragungsländern bestätigen die Ergebnisse zur allgemeinen Einschätzung über den Einfluss des Abkommens auf den Energiemix insgesamt. Auswirkungen werden erwartet und die etablierten konventionellen regenerativen Energieträger Wasserkraft und Biokraftstoffe nehmen dabei eine wichtige Rolle ein. Die Unterschiede in der Bedeutung von Wasserkraft und Biokraftstoff zwischen den Ländern entsprechend dabei ihrer heutigen Bedeutung innerhalb der Energieversorgung in den Befragungsländern. Es zeigt sich aber auch, dass die Befragten eine intensivere Nutzung der konventionellen regenerativen Energieträger wie Wasserkraft und Biokraftstoffe vor dem Hintergrund der Umsetzung des Klimaabkommens erwarten. Die Energieversorgung soll also klimafreundlicher werden. Zudem erwarten die Befragten in allen Ländern, dass Wind- und Sonnenkraft an die gegenwärtige energiepolitische Bedeutung von Wasserkraft und Biokraftstoffe in den jeweiligen Befragungsländern anschließen und genauso zur Ausgestaltung einer klimafreundlichen Energieversorgung beitragen. Es wird erwartet, dass die Sonnen- und Windenergie im Zuge der Umsetzung des Klimaabkommens besonders deutlich ausgebaut wird.

Fossile Energieträger

In einer länderübergreifenden Betrachtung zeigen sich keine signifikanten Mehrheiten, die einen Einfluss des Klimaabkommens auf eine verringerte Nutzung von Öl sehen (siehe Abbildung 5). Diejenigen, die einen Einfluss erwarten, liegen nahezu gleichauf mit denen, die keinen Einfluss erwarten. Lediglich bei der Verwendung von Gas zeigt sich in Brasilien (55 Prozent) und Mexiko (56,5 Prozent) eine leichte prozentuale Mehrheit, die eine verringerte Nutzung erwartet. Länderübergreifend wird sichtbar, dass es mehrheitlich die Befragten aus der Privatwirtschaft (60 Prozent Argentinien) und die öffentlichen Meinungsführer (60 Prozent Brasilien) sind, die keinen Einfluss des Klimaabkommens in Form einer Verringerung der Nutzung fossiler Energieträger, wie Gas und Öl, erwarten. Die prozentuale Mehrheit der befragten politischen Entscheidungsträger in Argentinien und Brasilien schließen sich dieser Einschätzung an. In Mexiko sorgt die Fragestellung unter den politischen Entscheidungsträgern für eine Polarisierung. Die befragten

politischen Entscheidungsträger in Mexiko, die einen starken Einfluss des Abkommens auf die verringerte Nutzung der fossilen Energieträger sehen (44 Prozent), sind nur knapp weniger als der Anteil, der keinen Einfluss sieht (46 Prozent). Eine ähnliche Polarisierung ist auch bei der mexikanischen Jugend zu beobachten. In Brasilien ist es indes die Jugend (48 Prozent), die von einer klaren Verringerung in der Nutzung von Öl aufgrund des Klimaabkommens ausgeht und sich damit deutlich von anderen Gruppen z.B. den politischen Entscheidungsträgern mit 16 Prozent in ihrem Land unterscheiden.

ABBILDUNG 5: Einfluss auf Öl



(DK/DA sind nicht abgegebene Antworten.)

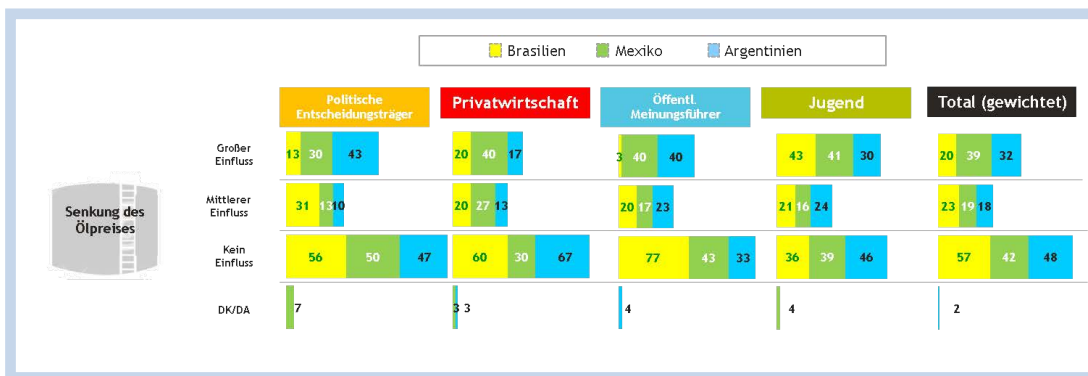
In Argentinien, Brasilien und Mexiko erwarten die Befragten aus den Gruppen der Privatwirtschaft, öffentliche Meinungsführer und ein Großteil der politischen Entscheidungsträger mehrheitlich keine Verringerung in der Nutzung von Öl und Gas durch das Klimaabkommen von Paris. Nur die Jugend in Brasilien erwartet im Kontrast zu ihrer Politik deutlich, dass sich das Klimaabkommen reduzierend auf die Nutzung fossiler Energieträger auswirkt. Dieses Ergebnis könnte sich vor dem Hintergrund erklären, dass Lateinamerika im Vergleich zu anderen Regionen in der Welt einen vergleichsweise geringen CO₂-Ausstoß vorweisen kann. Das Ergebnis zeigt aber auch, dass die Umsetzung des Klimaabkommens mit seinen energiepolitischen Konsequenzen von den Befragten noch nicht in voller Gänze angenommen ist. Es besteht die Gefahr, dass die Zustimmung zum Klimaabkommen ein Lippenbekenntnis bleibt, dem die energiepolitische Umsetzung nicht folgen wird.

Öl- und Gaspreise

In der länder- und gruppenübergreifenden Gesamtbetrachtung der Umfrageergebnisse kann kein eindeutiges Bild, das einen kausalen Einfluss des Klimaabkommens auf Öl- und Gaspreise nachweist, ausgemacht werden (siehe Abbildung 6). In Mexiko sieht eine prozentuale Mehrheit von ca. 58 Prozent einen negativen Einfluss des Klimaabkommens auf die Preise für Öl und Gas. In Brasilien verhält es sich umgekehrt. Dort erwartet eine prozentuale Mehrheit 57 Prozent keinen Einfluss des Klimaabkommens auf die Öl- und Gaspreise. In Argentinien sind keine eindeutigen Mehrheiten weder für die Gas- noch die Ölpreise festzustellen. In der gruppenspezifischen Betrachtung ergibt sich ein differenzierteres Bild. In Brasilien geht die Mehrheit der Befragten aus der Gruppe der politischen Entscheidungsträger (56 Prozent), der Privatwirtschaft (60 Prozent) und der öffentlichen Meinungsführer (77 Prozent) davon aus, dass sich das Klimaabkommen nicht negativ auf die Ölpreise auswirken wird. Bei den Befragten aus der Gruppe der brasilianischen

Jugend erwarten fast 64 Prozent davon, die einen mittleren und einen starken Einfluss sehen, einen negativen Einfluss auf die Ölpreise. In Mexiko und Argentinien zeigt sich ein heterogeneres Bild. Während die meisten Befragten aus der argentinischen Privatwirtschaft (67 Prozent) keinen Einfluss auf den Ölpreis sehen, ist die Gruppe der argentinischen Politikentscheidungsträger polarisiert (44 Prozent sehen keinen Einfluss und 53 Prozent sehen einen Einfluss). Bei den argentinischen öffentlichen Meinungsführern sehen hingegen mehr (63 Prozent) den negativen Einfluss des Klimaabkommens auf die Ölpreise. Bei der argentinischen Jugend sind hingegen 46 Prozent, die keinen Einfluss sehen. In Mexiko sehen die meisten politischen Entscheidungsträger keinen Einfluss. Bei der mexikanischen Privatwirtschaft sind es 40 Prozent die einen Einfluss sehen. Dem stehen 30 Prozent gegenüber, die keinen Einfluss sehen. Bei den öffentlichen Entscheidern und der Jugend in Mexiko sind keine klaren Präferenzen zu erkennen. Diejenigen die einen Einfluss sehen und diejenigen, die keinen sehen halten sich in etwa die Waage.

ABBILDUNG 6: Einfluss auf Ölpreise



(DK/DA sind nicht abgegebene Antworten.)

Die Preise für fossile Energieträger werden immer wieder in den Zusammenhang mit der Klimapolitik gebracht. Dahinter verbirgt sich der Gedanke, dass die verstärkte Nutzung von regenerativen Energieträgern eine Substitution von fossilen Energieträgern zur Folge hat. Dadurch könnte sich die Nachfrage nach fossilen Energieträgern verringern und der Preis dafür ebenfalls. Auf Grundlage der vorliegenden Ergebnisse können dazu keine eindeutigen Aussagen getroffen werden. Die Einschätzung der Befragten mit Blick auf den Einfluss des Klimaabkommens auf die Ölpreise fällt zwischen den Ländern und den Gruppen höchst heterogen aus. Selbst innerhalb einzelner Gruppen sind deutliche Polarisierungen festzustellen. Die Ergebnisse können damit auf eine große Verunsicherung über die Auswirkungen des Klimaabkommens auf den Ölpreis und damit der zukünftigen Nutzung fossiler Energieressourcen hindeuten. Hier spielt aber vermutlich auch der gegenwärtig sehr geringe Ölpreis eine Rolle. Es ist gegenwärtig nicht klar, ob er dauerhaft niedrig bleibt oder wieder steigt. Die Ergebnisse zeigen damit auch, dass es zwar vereinzelt Gruppen bspw. in Brasilien gibt, die einen geringeren Öl- und Gaspreis aufgrund der Substitution zwischen fossilen und regenerativen Energieträgern sehen, insgesamt aber auch diese energiepolitische Konsequenz nicht eindeutig gesehen wird.

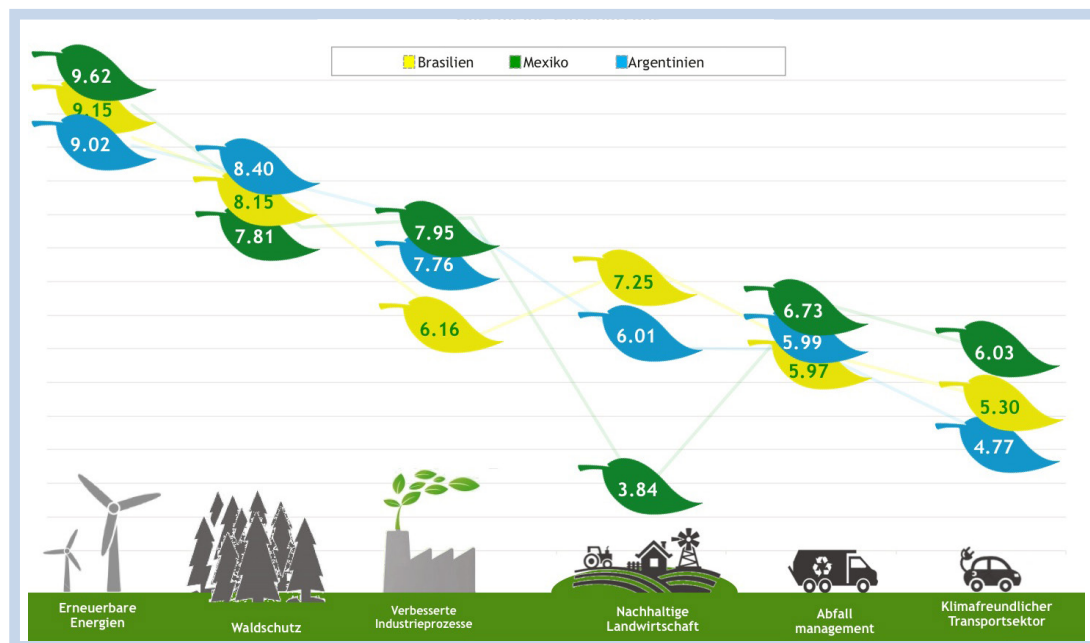
Klimaschutzmaßnahmen

Rolle der Energieeffizienz und Elektromobilität noch nicht wahrgenommen.

Die wesentlichsten Maßnahmen zur Umsetzung des Klimaabkommens von Paris in Lateinamerika sind bereits im Vorfeld in Form der Bekanntgabe von INDCs dargestellt worden. Die meisten Staaten setzten demnach auf Maßnahmen wie den Ausbau der Erneuerbaren Energien oder Waldschutz. Auch die Verbesserung der Industrieprozesse, wie die Steigerung der Energieeffizienz, nachhaltigere Landwirtschaft, z.B. durch effizientere Wassernutzung, Kreislaufsysteme in der Abfall- und Ressourcennutzung und einen klimafreundlicheren Transportsektor werden hierfür genutzt, um ihre CO₂-Einsparziel zu erreichen. In der Umfrage waren die Befragten angehalten eine Einschätzung zu den verschiedenen Maßnahmen in Form eines Rankings abzugeben.

Als wichtigste Maßnahme in Argentinien, Brasilien und Mexiko wird von allen Befragten zusammengekommen, der Ausbau von Erneuerbaren Energien gesehen (siehe Abbildung 7). Im unmittelbaren Vergleich zwischen den Ländern ist der Ausbau der regenerativen Energieträger für die Befragten in Mexiko am wichtigsten, dicht gefolgt von Brasilien und Argentinien. Als zweitwichtigste Maßnahme wird von den Befragten aller Länder der Waldschutz angegeben. Hier gibt es wieder nur leichte Unterschiede zwischen den Ländern. Allerdings wird der Waldschutz in Argentinien, dicht gefolgt von Brasilien und Mexiko als am wichtigsten angesehen.

ABBILDUNG 7: Präferenz energiepolitische Maßnahmen



(zur Methodik des Rankings: Siehe Anhang Abbildung 10)

Bei den anderen Maßnahmen variieren die Präferenzen zwischen den Ländern. So geben die Befragten aus Mexiko und Argentinien die Verbesserung der Industrieprozesse, z.B. beim Energieverbrauch, als dritt wichtigste Maßnahme

an. Für Brasilien ist hingegen eine nachhaltigere Landwirtschaft die drittwichtigste Maßnahme, während Argentinien diese als viertwichtigste Maßnahme angibt. Für Mexiko ist eine nachhaltigere Landwirtschaft sogar die am wenigsten wichtige Maßnahme. Abfallmanagement wird hingegen von Mexiko wieder als viertwichtigste Maßnahme betrachtet. Für Argentinien und Brasilien kommen diese jedoch erst an fünfter Stelle. Ein klimafreundlicher Transportsektor wird in Argentinien und Brasilien als die am wenigsten wichtigste Maßnahme angegeben. In Mexiko ist dieser an der vorletzten Stelle.

In der Gesamtbetrachtung zeigt sich, dass dem Ausbau von Erneuerbaren Energien und dem Waldschutz für die Umsetzung des Paris-Abkommens aus Sicht der Befragten, die größte Bedeutung beigemessen wird. Zudem fällt auf, dass in allen Ländern dem Transportsektor und Abfallmanagement insgesamt eine vergleichsweise geringe Bedeutung zukommt. Eine Erklärung für dieses Ergebnis könnte in der individuellen Distanz der Befragten durch die genannten Maßnahmen wie z.B. Elektromobilität und Abfallmanagement auf der einen Seite und Ausbau der Erneuerbaren Energien und Waldschutz auf der anderen Seite liegen. Erstere sind sehr nahe und berühren unmittelbar den Alltag der Menschen. Hier können z.B. hohe Kosten durch nachhaltigere Abfallwiederverwertungssysteme oder Elektromobilität entstehen. Auch fehlt oft das politische Vertrauen, dass solche Maßnahmen, die steuerlich finanziert werden müssten, auch tatsächlich umgesetzt werden. Hinzu kommt, dass damit auch Veränderungen der individuellen Lebensstile notwendig wären, wenn es bspw. darum geht eine Entscheidung zu treffen, ob man den öffentlichen Nahverkehr nutzt, der ggf. nur sehr unzuverlässig funktioniert oder ein eigenes Auto besitzt. Allgemeiner Waldschutz oder der Ausbau der Erneuerbaren Energien erscheint dagegen relativ weit weg und lässt sich dadurch einfacher bevorzugen.

Umweltbildung

Stellenwert der Umweltbildung an Schulen und Universitäten nimmt zu.

Umweltbildung wird für die nachhaltige Umsetzung des Klimaschutzes eine wichtige Rolle spielen. Im Rahmen der Umfrage wurde deshalb auch danach gefragt, inwieweit das Abkommen, das Potential besitzt Veränderungen in der Bildungslandschaft der Befragungsländer zu bewirken. Im unmittelbaren Vergleich zwischen den Ländern zeigt sich, dass in allen Ländern die Mehrheit der Befragten erwarten, dass das Klimaabkommen von Paris, das Bildungsniveau zu diesem Thema in der Sekundarstufe erhöhen wird (siehe Abbildung 11). In Argentinien und Mexiko sind es sogar über zwei Drittel. Allerdings gehen die Argentinier eher von einer moderaten Verbesserung des Bildungsniveaus aus, während die Mexikaner eine deutliche Verbesserung erwarten. In der länder- und gruppenübergreifenden Betrachtung spiegelt sich eine Mehrheit in allen Befragungsgruppen wieder, die einen positiven Einfluss erwarten. Eine Ausnahme bilden die öffentlichen Meinungsführer in Brasilien, die mit über 60 Prozent keine Verbesserung erwarten. Dem stehen die mexikanischen Unternehmer und Jugend mit 100 bzw. 78 Prozent gegenüber. Die optimistischsten Politikentscheidungssträger kommen aus Brasilien mit 71 Prozent.

Der Einfluss auf das Umweltbildungsniveau an den Universitäten wird insgesamt ebenfalls gruppen- und länderübergreifend als positiv betrachtet. In Brasilien und

Mexiko sind es sogar jeweils über dreiviertel der Befragten, die einen positiven Einfluss sehen. Während in Brasilien und Argentinien ein in etwa gleichverteilter moderater bis starker Einfluss gesehen wird, sind es in Mexiko über 50 Prozent die einen starken Einfluss auf die Umweltbildung an den Universitäten sehen. In der länder- und gruppenspezifischen Betrachtung zeigen sich überall deutliche Mehrheiten, die einen positiven Einfluss erwarten. Vor allem die Befragten aus der Privatwirtschaft in Brasilien und Mexiko sehen mit jeweils über 80 Prozent einen positiven Einfluss. Aber auch die brasilianischen Politikentscheidungsträger, die einen positiven Einfluss sehen, stechen mit über 80 Prozent hervor.

Im Vergleich der Erwartungshaltung der Befragten mit Blick auf den Einfluss des Klimaabkommens auf das Umweltbildungsniveau an der Sekundarstufe und den Universitäten zeigt sich, dass in beiden Bereichen von einer teilweise deutlichen Verbesserung ausgegangen wird. In einigen Gruppen lassen die Ergebnisse sogar einen gewissen Enthusiasmus für mehr Umweltbildung durch das Klimaabkommen vermuten. Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass an den Universitäten von einem stärkeren Umweltbildungsniveaustieg als an den Schulen ausgegangen wird.



Einordnung und Politikempfehlungen

Die Ergebnisse der Umfrage zeigen, dass die Verabschiedung und auch die kürzlich erfolgten Ratifizierungen des Klimaabkommens von Paris in Argentinien, Brasilien und Mexiko nur ein erster Schritt waren. Auf der einen Seite erkennen die Befragten, den Ausbau der Erneuerbaren Energien als eine wichtige Maßnahme an. Auf der anderen Seite erachten sie eine verringerte Nutzung der fossilen Energieträger wie Öl und Gas nicht für notwendig. Es herrscht zwar Kenntnis über und auch ein gewisser Enthusiasmus mit Blick auf das Abkommen, seine inhaltliche Bedeutung und energiepolitischen Konsequenzen sind jedoch noch nicht in der Öffentlichkeit angekommen. *Die Politik sollte dringend institutionelle Grundlagen für eine breite Basis zur Wissensvermittlung schaffen.*

Eine besonders deutliche Diskrepanz unter den Befragten kristallisiert sich zwischen der Jugend einerseits und den anderen Gruppen andererseits heraus. Die Jugend insbesondere in Brasilien gibt an zu wenig über das Abkommen zu wissen, verbindet aber gleichzeitig eine positive Zukunftsperspektive damit. Die politische Einbindung der Jugend, wobei Jugend in der Befragung zwischen 18 und 29 Jahre definiert wurde, wird damit eine tragende Rolle für die Umsetzung und der demokratischen Legitimität des Abkommens einnehmen. Die Politik tut gut daran die Jugend politisch frühzeitig einzubinden. Es ist zu erwarten, dass mangelnde Umsetzungsschritte zu Generationenkonflikten führen. *Um dem entgegenzuwirken sollten politische Parteien Programme zur Brückenbildung zwischen jung und alt in der Klimapolitik auflegen.*

Die Prioritätensetzung für die Art der Klimaschutzmaßnahmen lässt ein deutliches Muster erkennen. Erneuerbare Energien und Waldschutz sind aus Sicht der Befragten die wichtigsten Klimaschutzmaßnahmen. Es erstaunt allerdings, dass dem Verkehrssektor so eine geringe Bedeutung beigemessen wird. Ein Grund dafür kann in dem Mangel an Vertrauen in der Umsetzungskompetenz lokaler öffentlicher Einrichtungen für solche Maßnahmen gefunden werden. Zu Recht wird dabei hinterfragt, warum Steuergelder für ineffiziente Maßnahmen verwendet

werden sollen. Der Klimakommunalpolitik kommt dadurch eine wachsende Verantwortung zu. Sie wird darüber entscheiden, ob das Klimaabkommen von Paris langfristig seine Ziele erreicht oder nicht. *Für die Politik erwächst daraus die Verantwortung verstärkt, in die Kompetenz lokaler politischer Verantwortlicher zu investieren.*

Anhang

ABBILDUNG 8: Wissensstand Klimaabkommen

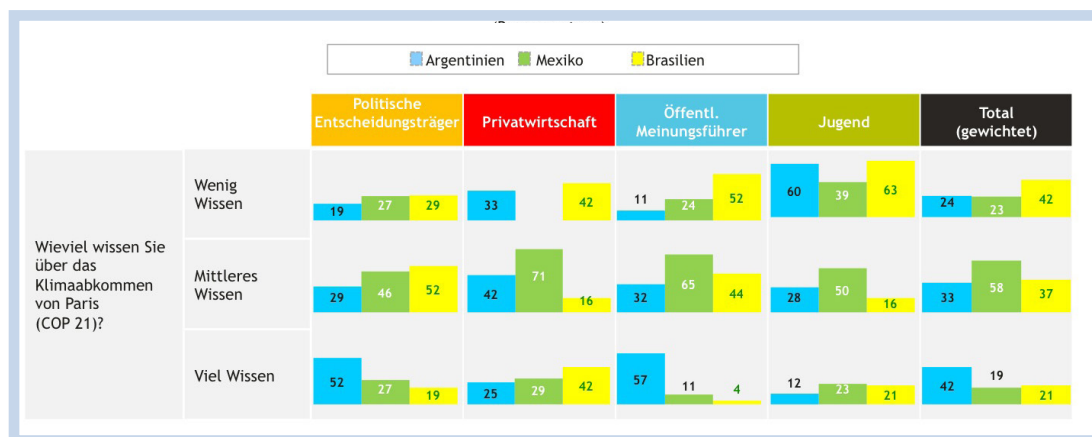


ABBILDUNG 9: Umfrage

Gruppen	Argentinien	Brasilien	Mexiko
Politische Entscheidungsträger	30	32	30
Privatwirtschaft	30	30	30
Öffentliche Meinungsführer	30	30	30
Jugend (18-29)	303	304	300
Befragungstechnik	direkte Ansprache mit Fragebogen	direkte Ansprache mit Fragebogen	Online-Fragebogen
Partnerinstitut	Ibope Inteligencia Argentina	Ibope Inteligencia Argentina	TNS México
Befragungszeitraum	27. Juni bis 15 Juli 2016		

Government	Percentage
Current government	95%
Previous government	5%

Dieser Wert zeigt, welche Maßnahme am wichtigsten ist.

Rang	Bedeutung
5	
1	
3	
4	
2	
6	

ABBILDUNG 11: Umweltbildung Universitäten und Schulen

Total in Prozent	Argentinien			Brasilien			Mexiko		
Umweltbildung: Universität	Starker Einfluss	Mittlerer Einfluss	Kein Einfluss	Starker Einfluss	Mittlerer Einfluss	Kein Einfluss	Starker Einfluss	Mittlerer Einfluss	Kein Einfluss
Politische Entscheidungsträger	38	29	33	57	24	19	45	28	27
	67		33	81		19	63		27
Privatwirtschaft	33	25	42	42	42	16	86	0	14
	58		42	84		16	86		14
Öffentliche Meinungsführer	43	26	21	26	44	30	35	24	41
	79		21	68		30	59		41
Jugend	27	41	32	37	31	32	48	19	33
	68		32	68		32	67		33
Total (gewichtet)	37	31	32	41	37	22	51	22	27
	68		32	78		22	73		27

Total in Prozent	Argentinien			Brasilien			Mexiko		
Umweltbildung: Sekundarstufe/Schule	Starker Einfluss	Mittlerer Einfluss	Kein Einfluss	Starker Einfluss	Mittlerer Einfluss	Kein Einfluss	Starker Einfluss	Mittlerer Einfluss	Kein Einfluss
Politische Entscheidungsträger	19	38	43	48	23	29	45	19	36
	57		43	71		29	64		36
Privatwirtschaft	17	58	25	32	26	42	86	14	0
	75		25	58		42	100		
Öffentliche Meinungsführer	29	25	46	13	26	61	35	24	41
	54		46	39		61	59		41
Jugend	27	38	35	16	37	47	45	27	28
	65		35	53		47	78		28
Total (gewichtet)	21	41	38	29	26	45	48	21	31
	62		38	55		45	69		31



EKLA
Regionalprogramm
Energiesicherheit und
Klimawandel in Lateinamerika

Kontakt:

Dr. Christian Hübner
Regionalprogramm Energiesicherheit und
Klimawandel in Lateinamerika
Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Calle Cantuarias 160, Of. 202, Miraflores
Lima 18, Peru
Tel: +51 1 320 2870
Energie-Klima-La@kas.de